

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

02.11.2009

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 3. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 2. November 2009

Beginn : 18:05 Uhr
Ende : 21:12 Uhr
Ort : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Dr. Ullrich Bittner
- Norbert Braun
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Rudi Duschek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Prof. Dr. Frank Hardtke
- Klaus Heiden
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Andreas Kerath
- Anne Klatt
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Dr. Lüer Kühne
- Angela Leddin
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Prof. Dr. Manfred J. Matschke
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Pegel
- Christian Radicke
- Anja Reuhl
- Dr. Mignon Schwenke
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Alexa Worm
- Ingo Ziola

Entschuldigt :

- Marion Heinrich
- Karl-Dieter Schmidt

Unentschuldigt

- Sebastian Ratjen

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. Bericht des Seniorenbeirates
6. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 6.1. Haushaltssicherungskonzept 2009 1. Lesung
Dez. I , Amt 20
- 6.2. Besetzung von Gremien der Bürgerschaft
- 6.2.1. Namensänderung der Stellvertreterin im Bauausschuss B67-03/09
FDP-Fraktion
- 6.2.2. Nachbenennung einer Ortsteilvertreterin für die FDP für das Ostsee- B68-03/09
viertel
FDP-Fraktion
- 6.2.3. Besetzung der Ortsteilvertretungen Schönwalde I/ Südstadt und B69-03/09
Schönwalde II
Bündnis 90 / Die Grünen
- 6.2.4. Benennung des Mitgliedes und des Stellvertreters für das Studienin-
stitut M-V
- 6.2.5. Bestellung eines Mitgliedes für den Kernenergiebeirat B70-03/09
- 6.2.6. Besetzung des Beirates für das Biotechnikum B71-03/09
- 6.2.7. Stellvertreter für die Vertreter der Verbandsversammlung des B72-03/09
Zweckverbandes der Sparkasse Vorpommern
- 6.2.8. Delegierte für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemein- B73-03/09
detages Mecklenburg-Vorpommern
- 6.2.9. Besetzung der Ortsteilvertretung Riems B74-03/09
Die Linke
- 6.3. Jahresabschluss 2008 des Abwasserwerkes Greifswald - B75-03/09
Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt
Abwasserwerk Greifswald
- 6.4. Nachtragswirtschaftsplan 2009 des Abwasserwerkes-Eigenbetrieb B76-03/09
der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Abwasserwerk Greifswald
- 6.5. Abfallentsorgung
- 6.5.1. Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Universitäts- und B78-03/09
Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60
- 6.5.2. 8. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung vom 23.12.1999 B77-03/09
zur Erhebung von Abfallgebühren ab dem 01. Januar 2010
Dez. II, Amt 60
- 6.5.3. 8. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung ab dem B77-03/09
01.01.2010 (Solidarmodell Grünschnitt)
Dez. II, Amt 60
- 6.6. Benutzungssatzung des Stadtarchivs Greifswald B79-03/09
(Archivbenutzungssatzung)
Dez. III, Amt 41
- 6.7. Entgeltordnung des Stadtarchivs B80-03/09
Dez. III, Amt 41
- 6.8. Vereinbarung zum Umfang der Jugendförderung gemäß §6 Abs. 2 B81-03/09
Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJfG M-V) zwischen der Uni-
versitäts- und Hansestadt Greifswald und dem Land Mecklenburg-
Vorpommern für die Jahre 2010, 2011 und 2012
Dez. III, Amt 51
- 6.9. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58 - Gut Koitenhagen- B82-03/09
Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60

7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
9. Mitteilungen des Präsidenten
10. Bestätigung der Niederschrift
11. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die 3. Sitzung der Bürgerschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit zunächst 38 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, und die beiden Stellvertreter, Herr Arenskrieger und Herr Dembski, sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert über eine ausgereichte Tischvorlage, die die FDP-Fraktion zu einem Prüfauftrag zur Übernahme einer Bürgerschaft für den Greifswalder Sportverein eingereicht hat.

Herr Hoebel erhält die Möglichkeit, zu begründen, warum die FDP-Fraktion möchte, dass die Bürgerschaft dazu einen Beschluss fasst.

Abstimmungsergebnis: bei 31 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und
5 Stimmenthaltungen beschlossen
als TOP 6.10 eingeordnet

Der Präsident teilt mit, dass zu 6.2.4 keine Vorlage ausgereicht wurde, weil bereits auf der letzten Bürgerschaftssitzung dazu ein Beschluss gefasst wurde. Deshalb wird dieser Tagesordnungspunkt gestrichen.

Da keine weiteren Anträge gestellt werden, lässt der Präsident über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme beschlossen

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

- kein Fragen der Einwohner

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende Fragen schriftlich eingereicht:

1. Ist es richtig, dass die „Tanztendenzen“ für das kommende Jahr aus dem Wirtschaftsplan des Theater Vorpommern gestrichen werden sollen?
2. Wenn ja: Wie begründet sich diese Entscheidung, da die Tanztendenzen doch zu drei Viertel durch Zuschüsse gefinanziert werden?

Die Beantwortung erfolgt durch Senator Dembski.

Es handelt sich um ein kommunales Unternehmen und die Fragen betreffen Angelegenheiten, die in nichtöffentlichen Aufsichtsratssitzungen besprochen wurden. Es ist schwierig, die Situation darzustellen. Dazu müsste die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden. Herr Dembski rät der Fraktion, das entsprechende Aufsichtsratsmitglied der Fraktion zu befragen. Herr Dembski war bei dieser Aufsichtsratssitzung nicht anwesend als der Punkt erörtert wurde.

Herr Liskow befragt die Mitglieder der Bürgerschaft, ob es Einwände gibt, Bildaufnahmen zu machen.

- keine Einwände

Folgende Fragen der SPD-Fraktion werden durch Herrn Arenskrieger beantwortet. Die schriftliche Beantwortung ist der Fraktion bereits zugegangen und wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

1. Die Vergabekammer hat in ihrer Entscheidung, so wie von Herrn Arenskrieger dargestellt, die Rechtswidrigkeit des Hauptausschussbeschlusses zur Straßenreinigung festgestellt. Warum haben sie diesen Beschluss nicht beanstandet?
2. Welche Schadensersatzforderungen der Anbieter in welcher Höhe erwartet die Stadt?
3. Wer muss die Schadensersatzforderungen tragen, alle Bürger der UHGW oder nur die Anlieger der Straßen, die entsprechend den gültigen Satzungen gereinigt werden?

Zu TOP: 5 Bericht des Seniorenbeirates

Entsprechend § 15 der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald berichtet der Seniorenbeirat einmal jährlich über die geleistete Arbeit. Diesen Bericht gibt der Vorsitzende des Seniorenbeirates, Herr Dr. Frisch. (Die schriftlichen Ausführungen in zusammengefasster Form liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft vor.)

Zu TOP: 6 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 6.1 Haushaltssicherungskonzept 2009

Herr Hochheim führt anhand einer Präsentation in die erste Lesung des Haushaltssicherungskonzeptes ein. (Die Präsentation und die schriftliche Ausführungen liegen der Kanzlei der Bürgerschaft vor.)

Für die Fraktion Die Linke sprechen Herr Dr. Bartels, Frau Socher und Herr Dr. Kasbohm.

Die Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt durch Herrn Dr. Fassbinder.

(Die Präsentationen bzw. die schriftlichen Ausführungen liegen der Kanzlei der Bürgerschaft vor.)

Für die Fraktion der Bürgerliste spricht Herr Dr. Meyer. Die Zusammenfassung der von der Bürgerliste gemachten Vorschläge liegt der Kanzlei der Bürgerschaft vor.

(Alle schriftlichen Zuarbeiten werden dem Amt für Wirtschaft und Finanzen zur Vorbereitung der Beratungen zum Haushaltssicherungskonzept übergeben.)

Für die CDU-Fraktion gibt der Vorsitzende, Herr Hochschild, die Stellungnahme ab. Herr Hochschild begrüßt die Arbeit aller Fraktionen, die auf Initiative von Herrn Dr. Kerath zustande gekommen ist, um das Haushaltssicherungskonzept auf einen guten Weg zu bringen. Am 11.11.2009 wird sich die Fraktionsvorsitzenden noch einmal zusammensetzen, um die gebrachten Vorschläge zu diskutieren, um der Bürgerschaft ein Haushaltssicherungskonzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Vorschlagsliste der CDU-Fraktion liegt bereits vor.

Für den Finanzausschuss spricht der Vorsitzende, Herr Prof. Matschke.

Er regt an, bei all den Entscheidungen zu beachten, dass die Bürger nicht übermäßig belastet werden. Ziel aller Beratungen sollte aber sein, spätestens 2013 zu einem ausgeglichenen Haushalt zu gelangen, um die Kommune handlungsfähig zu erhalten.

Herr Dr. Kerath nimmt Stellung für die SPD-Fraktion.

Auch er hebt die Arbeit der Fraktionsrunde hervor. Bezüglich des Ausländerbeauftragten gibt Herr Dr. Kerath zu bedenken, dass die derzeitige Verfahrensweise möglicherweise im Widerspruch zur Hauptsatzung stehe.

Der Oberbürgermeister geht auf die eingebrachten Vorschläge zum Haushaltssicherungskonzept nicht weiter ein, außer auf den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erneut einen Haustarifvertrag abzuschließen, um etwa 2 Mio. € Personalkosten/pro Jahr einzusparen. Dafür, erklärt Herr Dr. König, fehlt die rechtliche Grundlage. Voraussetzung für den Abschluss eines Haustarifvertrages ist ein Stellenüberhang in Größenordnungen. Derzeit gibt es in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald keinen Personalüberhang nennenswerter Größe. In der Vergangenheit haben die Mitarbeiter der Stadtverwaltung auf der Grundlage von Haustarifverträgen über 20 Mio. € eingespart.

Im Rahmen der Diskussion bittet Herr Dr. Bittner darum, noch einmal zu prüfen, ob nicht doch die Möglichkeit eines Haustarifvertrages besteht. Er zeigt sich verwundert, warum die Verwaltung nicht den Versuch unternimmt, einen Haustarifvertrag abzuschließen.

Daraufhin erläutert der Oberbürgermeister noch einmal, warum ein Haustarifvertrag nicht möglich ist. Ein Haustarifvertrag ist nur mit einem personellen Überhang möglich. Diese Grundlage fehlt.

Im Rahmen der Diskussion schlägt Herr Liedtke der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, mit Herrn Schmidt Kontakt aufzunehmen, der als ehemaliger ver.di-Vertreter sicherlich in dieser Sache rechtlich beraten könne.

Zu TOP: 6.2 Besetzung von Gremien der Bürgerschaft

Zu TOP: 6.2.1 Namensänderung der Stellvertreterin im Bauausschuss

B67-03/09

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Name der 2. Stellvertreterin der FDP für den Ausschuss für Bau und Umwelt wird geändert zu: **Ann Kristin Zalcmans**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 40 anwesenden Bürgerschaftsmitgliedern beschlossen

Zu TOP: 6.2.2 Nachbenennung einer Ortsteilvertreterin für die FDP für das Ostseeviertel
B68-03/09

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
Heike Kagel wird für die FDP Ortsteilvertreterin im Ostseeviertel.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 39 anwesenden Bürgerschaftsmitgliedern beschlossen

Zu TOP: 6.2.3 Besetzung der Ortsteilvertretungen Schönwalde I/ Südstadt und Schönwalde II
B69-03/09

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird Herr Ibrahim Al-Najjar Mitglied in der Ortsteilvertretung Schönwalde I/ Südstadt.
Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird Herr Steffen Heuer Mitglied in der Ortsteilvertretung Schönwalde II.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.2.4 Benennung des Mitgliedes und des Stellvertreters für das Studieninstitut M-V

- abgesetzt, da bereits erledigt

Zu TOP: 6.2.5 Bestellung eines Mitgliedes für den Kernenergiebeirat
B70-03/09

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald entsendet
Herrn Egbert Liskow (CDU-Fraktion) als Mitglied für den Kernenergiebeirat.

Abstimmungsergebnis: bei 35 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.2.6 Besetzung des Beirates für das Biotechnikum
B71-03/09

Neben den im Gesellschaftsvertrag bestimmten Beiratsmitgliedern nimmt an den Beratungen des Beirats ein Mitglied der Bürgerschaft ohne Stimmrecht teil.
Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestimmt hierfür
Herrn Jürgen Liedtke.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.2.7 Stellvertreter für die Vertreter der Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Sparkasse Vorpommern
B72-03/09

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald benennt in Ergänzung des Beschlusses B36-02/09 vom 28.09.2009 folgende Stellvertreter für die

Vertreter der Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Sparkasse Vorpommern (5):

CDU-Fraktion	- Thomas Mundt
	- Erich Cymek
Linksfraktion	- Dr. Gerhard Bartels
SPD-Fraktion	- Christian Pegel
Bündnis 90/Die Grünen	- Dr. Ulrich Rose

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.2.8 Delegierte für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern

B73-03/09

In Ergänzung des Beschlusses B33-02/09 entsendet die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald folgende 2 Vertreter in die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern:

Fraktion Die Linke	- Birgit Socher
	- Edda Krille

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.2.9 Besetzung der Ortsteilvertretung Riems

B74-03/09

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt: Frau Angelika Genz und Herr Eckard Birkholz werden als Mitglieder in der Ortsteilvertretung Riems benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.3 Jahresabschluss 2008 des Abwasserwerkes Greifswald - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt

B75-03/09

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2008 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Hansestadt Greifswald (gegr. zum 01.04.1993, HRA 1226) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit

einer Bilanzsumme von	40.798.468,21 €,
davon einem Eigenkapital von	8.605.965,80 €,
und einem Jahresüberschuss von	804.581,13 €

 festgestellt.

Unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages von 330.064,40 € ergibt sich ein Bilanzgewinn von 1.134.645,61 €. Davon werden 611.200,00 € einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt.

An den Haushalt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald werden 420.879,21€ abgeführt.

Der Lagebericht 2008 wird genehmigt.

2. Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.
3. Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der PwC Aktiengesellschaft - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, NL Schwerin, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 des Abwasserwerkes durch den Landesrechnungshof von Mecklenburg-Vorpommern zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: bei 38 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.4 Nachtragswirtschaftsplan 2009 des Abwasserwerkes-Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B76-03/09

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Nachtragswirtschaftsplan 2009 des Abwasserwerkes- Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Abstimmungsergebnis: bei 39 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Herr Dr. Meyer beantragt entsprechend Geschäftsordnung eine Auszeit.

Pause von 19:30 Uhr bis 19:42 Uhr

Herr Liskow übergibt die Leitung der Sitzung an den 2. Vizepräsidenten, Herrn Prof. Joecks.

Zu TOP: 6.5 Abfallentsorgung

Herr Prof. Joecks macht deutlich, dass das Problem darin besteht, dass es zwei Alternativen der Abfallgebührensatzung gibt und je nach dem, welche der beiden beschlossen wird, die entsprechende Abfallsatzung zu beschließen ist.

Herr Arenskrieger bringt die Tagesordnungspunkte 6.5.1 (Abfallsatzung) und die beiden Abfallgebührensatzungen (6.5.2 und 6.5.3) ein und nimmt die Begründung vor. Die Satzungen unter TOP 6.5.1 und 6.5.2 entsprechen der Empfehlung der Arbeitsgruppe „Abfallproblematik“.

Bisher wurde der Abfall nach dem Behältervolumen berechnet. Neu ist, dass die Abfallgebühr nach kg auf der Grundlage von Probewiegungen berechnet wird. Das sogenannte Solidarmodell unter TOP 6.5.3 unterscheidet sich von 6.5.2 im Wesentlichen durch die Regelungen bei der Entsorgung pflanzlicher Abfälle.

Im Rahmen der Diskussion macht Herr Duschek deutlich, dass die Fraktion Die Linke daran interessiert ist, dass es heute zu einer Beschlussfassung kommt. Wesentlich sei, dass das lineare System mit seinen Ungerechtigkeiten abgelöst und mehr Gebührengerechtigkeit geschaffen wird. Diese Aussage erläutert er anhand von Beispielen der unterschiedlichen Behältergrößen.

Ziel sollte es sein, für alle Einwohner annähernd gleiche Bedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, eine Mülltrennung vornehmen zu können.

Bei einigen Vermietern müsse das Bewusstsein geschärft werden, dass Abfallkosten keine Durchlaufposten für die Mieter sind. Für die strikte Mülltrennung muss noch viel Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden.

(Die wesentlichen Ausführungen liegen schriftlich vor.)

Herr Dr. Kerath macht deutlich, dass die SPD-Fraktion eindringlich auf die Verabschiedung der Abfallsatzung und Abfallgebührensatzung in der heutigen Sitzung drängt. Die SPD steht auf dem Standpunkt, den Grünschnitt und auch den Sperrmüll verursachergerecht zu behandeln und nach der Satzung unter TOP 6.5.2 abzurechnen.

Vermutlich ist die Menge des Grünschnittes in Greifswald so hoch, weil auch Grünschnitt aus dem Umland entsorgt wird. Den Grünschnitt für das Umland mit zu entsorgen, scheint nicht sinnvoll. Deshalb wird die Gebührensatzung unter TOP 6.5.3 nicht favorisiert.

Es werde keine perfekte Lösung geschaffen, aber eine gerechtere.

Herr Dr. Bittner stellt klar, dass die Diskussion heute in der Bürgerschaft geführt werden muss, weil die Satzungen relativ kurzfristig, in den Ausschüssen als Tischvorlage, abgereicht wurden. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist für eine Beschlussfassung in heutiger Sitzung, damit zum 01.01.2010 die Abfall- und -gebührensatzung in Kraft treten können.

Was neu und auch nicht unwesentlich ist, ist, dass die 110-l-Tonne wegfällt.

Das bedeutet, der Beschluss muss gefasst werden, damit die 110-l-Tonnen abgefahren und neu bestellt werden können.

Kritisch sieht Herr Dr. Bittner, dass es zusätzlich zum Anschlusszwang eine Zuweisung von Behältergrößen gibt. Im Beschlussvorschlag TOP 6.5.1 ist im § 9 (3) im letzten Satz ein Richtwert festgelegt, dass mindestens 10 l pro Person und Woche in Ansatz gebracht werden. Herr Dr. Bittner beantragt, diesen Richtwert auf 5 l pro Person und Woche zu ändern. Außerdem sollen die neuen Absätze (4) bis (6) gegenüber der alten Satzung gestrichen werden.

Zur Verursachergerechtigkeit bemerkt Frau Socher, dass trotz der bisher zweimaligen kostenlosen Sperrmüllentsorgung im Jahr bei der WVG mbH ca. 40 T€ im Jahr an für die Entsorgung wild abgestellten Mülls in ihrem Wohngebiet anfallen. Man sollte die neue Satzung ganz einfach ausprobieren und Erfahrungen sammeln. Es sollten Möglichkeiten geprüft werden, die Entsorgung des Grünschnittes für Greifswalder und Nichtgreifswalder zu steuern.

Herr Liedtke äußert sich nicht zur Sache. Er dankt ausdrücklich der Verwaltung und den Mitstreitern der Arbeitsgruppe „AGAP“ für die geleistete Arbeit.

Für die Fraktion der Bürgerliste äußert Herr Dr. Meyer, dass es keine einheitliche Meinung in der Fraktion gibt. Für Herrn Dr. Meyer wird es erst eine Gebührengerechtigkeit geben, wenn in Greifswald ein Verwiegesystem eingeführt ist.

Ein Problem sieht er darin, dass es den Wohnungsgesellschaften egal ist, ob der Müll getrennt wird oder nicht. Der Gebührenbescheid geht an die Wohnungsgesellschaft und die legt diese Gebühren auf die Mieter um, und zwar wie vom Gesetzgeber vorgegeben nach m².

Herr Dr. Meyer regt an, auch, wenn es heute zur Beschlussfassung kommt, dass wieder ein Gremium geschaffen wird, dass die Abfallgebührenproblematik im Auge behält.

Herr Dr. Bittner spricht sich im Rahmen der Diskussion dafür aus, das Modell (TOP 6.5.3), das ermöglicht, Grünschnitt in jeder beliebigen Menge abzuliefern, abzulehnen, weil die andere Satzung genügend Möglichkeiten bietet, Grünschnitt, Sperrmüll u.a. zu entsorgen.

Herr Dr. Bittner bittet um eine Verständigung über das Abstimmungsprozedere.

Für die FDP-Fraktion spricht sich Herr Hoebel für das Solidarmodell aus.

Auch die Fraktion Die Linke, so Herr Dr. Bartels, unterstützt die Beschlussfas-

sung in der heutigen Sitzung. Auch er würdigt die Arbeit der Arbeitsgruppe.

Herr Dr. Kasbohm spricht sich auch für eine Weiterführung der Arbeitsgruppe bzw. des zeitweiligen Ausschusses für die Abfallentsorgung aus, der den Prozess weiter begleitet.

Herr Arenskrieger geht auf den Änderungsantrag von Herrn Dr. Bittner ein, den Absatz 4 des § 9 in der Abfallsatzung zu streichen. Das ist nicht möglich, weil sich dieser Absatz aus der neuen Gewerbeabfallordnung ergibt, um den Anschluss- und Benutzungszwang umzusetzen. Wenn der Absatz 4 gestrichen würde, wären Unregelmäßigkeiten in den Gewerbebetrieben zu erwarten. Den Richtwert im letzten Satz des Absatzes 3 von 10 auf 5 l pro Kopf und Woche zu ändern, liegt in der Hand der Bürgerschaft.

Herr Multhauf ist froh darüber, dass es ab 1. Januar 2010 eine neue und etwas gerechtere Gebührenordnung gibt. Er fordert im Namen der Ortsteilvertretungen mit seinem Redebeitrag, aus der Meyer-Entsorgung auszusteigen.

Herr Dr. Fassbinder zieht aufgrund der Erläuterungen von Herrn Arenskrieger für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag von Herrn Dr. Bittner zurück. Er stellt den Änderungsantrag, im letzten Satz des Abs. 3 im § 9 bei der Veranlagung des Behältervolumens den Richtwert auf 5 l pro Kopf und Woche zu reduzieren.

Aufgrund einer Frage von Herrn Dr. Meyer, den Satz des § 4, zur Erfüllung der Aufgaben einen Dritten zu beauftragen, völlig zu streichen, erklärt Herr Arenskrieger, dass das nicht möglich ist. Auf Zuruf von Frau Schlegel, Leiterin der Rechtsabteilung, erklärt Herr Arenskrieger, dass der § 4 in der Abfallsatzung aufgrund des Kommunalen Abgabengesetzes M-V verbleiben muss.

Herr Prof. Joecks fasst zusammen, dass es den Änderungsantrag von Herrn Dr. Fassbinder gibt, im letzten Satz des Abs. 3 im § 9 bei der Veranlagung des Behältervolumens den Richtwert auf 5 l pro Kopf und Woche zu reduzieren.

Herr Pegel bemerkt, dass es sinnvoll sei, zuerst die Vorlage unter 6.5.2 zur Abstimmung zu stellen.

Herr Prof. Joecks ist derselben Meinung, weil die Vorlage gegenüber 6.5.3 die weitergehende ist.

Herr Dr. Bartels beantragt für die Fraktion Die Linke eine Auszeit.

Pause von 20:23 Uhr bis 20:30 Uhr

Herr Prof. Joecks teilt mit, dass zunächst die Vorlage unter TOP 6.5.2 zur Abstimmung gestellt wird. Sollte der Beschluss gefasst werden, entfällt die Abstimmung zu TOP 6.5.3. Falls es zur Abstimmung des TOP 6.5.3 kommt, muss die Satzung unter TOP 6.5.1 angepasst werden. Über TOP 6.5.1 kann erst entschieden werden, wenn die Variante der Abfallgebührensatzung geklärt ist.

Herr Dr. Bittner beantragt eine namentliche Abstimmung.

Herr Prof. Joecks ruft die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge auf, über folgenden Beschluss abzustimmen:

**Zu TOP: 6.5.2 8. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung -
vom 23.12.1999 zur Erhebung von Abfallgebühren ab dem 01. Januar 2010
B77-03/09**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die vorgelegte 8. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung vom 23.12.1999 zur Erhebung von Abfallgebühren ab dem 01.01.2010

Dr. Bartels Gerhard	Ja
Behrendt Ursula	Ja
Dr. Bittner Ullrich	Ja
Braun Norbert	Ja
Burmeister Ulf	Nein
Cymek Erich	Nein
Duschek Rudolf	Nein
Dr. Fassbinder Stefan	Ja
Dr. Fassbinder Frauke	Ja
Dr. Hardtke Frank	Ja
Heiden Klaus	Ja
Hochschild Axel	Nein
Hoebel Torsten	Nein
Jochens Wolfgang	Nein
Prof. Joecks Wolfgang	Ja
Dr. Kasbohm Jörn	Ja
Dr. Kerath Andreas	Ja
Klatt Anne	Ja
Krille Edda	Ja
Kruse Christian	Ja
Dr. Kühne Lüer	Nein
Leddin Angela	Nein
Liedtke Jürgen	Ja
Liskow Franz-Robert	Nein
Liskow Egbert	Nein
Littmann Dirk	Ja
Dr. Meyer Thomas	Ja
Multhauf Peter	Ja
Mundt Thomas	Nein
Pegel Christian	Ja
Radicke Christian	Nein
Reuhl Anja	Ja
Dr. Schwenke Mignon	Ja
Socher Birgit	Ja
Spring Ludwig	Ja
Dr. Steffens Rainer	Nein
Thonack Mechthild	Ja
Worm Alexa	Nein
Ziola Ingo	Nein

Abstimmungsergebnis: namentlich
bei 24 Ja-Stimmen und 15 Gegenstimmen
beschlossen

Damit entfällt die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6.5.3.

Zu TOP: 6.5.1 Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

B78-03/09

Herr Prof. Joecks erinnert, dass es den Änderungsantrag von Herrn Dr. Fassbinder gibt, im letzten Satz des Abs. 3 im § 9 bei der Veranlagung des Behältervolumens auf der Seite 8, oben, den Richtwert auf 5 l pro Kopf und Woche zu reduzieren. Herr Prof. Joecks lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 28 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen beschlossen

Damit stellt Herr Prof. Joecks folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die vorgelegte Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Abstimmungsergebnis: bei 30 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Herr Prof. Joecks erklärt, dass jetzt die Umstellung im Entsorgungsbereich erfolgen kann. Sollte es in Zukunft Bedarf geben, kann die Bürgerschaft jederzeit erneut über eine Änderung der Satzungen beschließen.

Zu TOP: 6.6 Benutzungssatzung des Stadtarchivs Greifswald (Archivbenutzungssatzung)

B79-03/09

Die Bürgerschaft beschließt die Benutzungssatzung des Stadtarchivs.

Abstimmungsergebnis: bei 38 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.7 Entgeltordnung des Stadtarchivs

B80-03/09

Die Bürgerschaft beschließt die neue Entgeltordnung des Stadtarchivs.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.8 Vereinbarung zum Umfang der Jugendförderung gemäß §6 Abs. 2 Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJfG M-V) zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und dem Land Mecklenburg-Vorpommern für die Jahre 2010, 2011 und 2012

B81-03/09

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Vereinbarung zum Umfang der Jugendförderung gemäß § 6 Abs. 2 Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJfG M-V) zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und dem Land Mecklenburg- Vorpommern für die Jahre 2010 bis 2012. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt den notwendigen Betrag in Höhe von 5,11 € pro Kopf ihrer 10- 26jährigen Einwohner zur Abrufung der

vom Land zur Verfügung stehenden Mittel bereit.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.9 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58 - Gut Koitenhagen-
Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
B82-03/09**

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58 – Gut Koitenhagen – wie folgt:

1. Der Bebauungsplan Nr. 58 – Gut Koitenhagen – soll gemäß § 2 Absatz 1 i.V.m. § 1 Absatz 8 BauGB in dem gekennzeichneten Bereich (Abgrenzung lt. Plan der Anlage 1) geändert werden. Ziel der 2. Änderung des Bebauungsplans ist die Entwicklung von Allgemeinen Wohngebieten zur Schaffung von privatem Wohnraum in Einzel-, Doppel- und Reihenhäusern auf teilweise bisher als Mischgebiet festgesetzten Flächen. Darüber hinaus soll der Einzelhandelsfachplan mit der Einschränkung von Einzelhandel in den Mischgebieten umgesetzt werden. Der Änderungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
2. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58 – Gut Koitenhagen – (Anlage2) sowie die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
3. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58 - Gut Koitenhagen - (Anlage2) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) sind gemäß § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Absatz 2 BauGB zu dem o.g. Entwurf einschließlich Begründung und Umweltbericht zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58 – Gut Koitenhagen – und dessen Begründung mit Umweltbericht ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 30 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.10 Übernahme einer Bürgerschaft für den Greifswalder Sportverein

Auf Anregung von Herrn Dr. Bartels bezüglich der Redezeiten erklärt Herr Prof. Joecks, dass es entsprechend Geschäftsordnung auch Redezeiten von mindestens 4 Minuten gibt.

Für die FDP-Fraktion bringt Herr Hoebel den Antrag ein und begründet ihn. Es geht darum, einen Prüfauftrag in rechtlicher Hinsicht auszulösen. Außerdem möge die Stadtverwaltung prüfen, welche Risiken mit einer Bürgerschaft verbunden sind. Es gehe um eine Bürgerschaft in Höhe von 60 T€, die eine Art Rückendeckung für Sponsoren sein soll.

Das Prüfergebnis sollte der Bürgerschaft mitgeteilt werden und danach könnte die Vorlage den normalen Sitzungszyklus durchlaufen.

Herr Dr. Bartels sieht in der Beschlussfassung einige Probleme. Wenn über eine Bürgerschaft entschieden wird, muss das Geld auch verteilt werden. Für eine Bürgerschaft gibt es Voraussetzungen. Ursachen, Fakten und Verantwortlichkeiten müssen geprüft werden. Es muss ein klares Konzept für den zukünftigen Verein vorgelegt werden.

Daraufhin stellt Prof. Joecks klar, dass es nicht darum geht, Einzelheiten einer Bürgerschaft zu diskutieren, sondern lediglich, ob die Bürgerschaft einen Prüfauftrag erteilen will.

Herr Dembski erklärt, dass nach der Gemeindeordnung nur Bürgerschaften erteilt werden, um eigene Aufgaben durchzuführen. Eine Ausnahmegenehmigung könnte nur die Rechtsaufsichtsbehörde erteilen, wenn die Bürgerschaft im öffentlichen Interesse steht.

Senator Dembski schlägt vor, diesen Beschlussantrag in den Sportausschuss zu geben und, dass die Verwaltung die Rechtsaufsichtsbehörde dazu befragt, ob das Innenministerium möglicherweise eine Genehmigung erteilen würde.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Pegel, den Beschlussvorschlag in den Sportausschuss zu verweisen. Seiner Meinung nach macht eine Bürgerschaft nur Sinn, wenn man weiß, wo die Problemfelder liegen. Das sollte aber Gegenstand der Diskussionen im Sportausschuss sein.

Herr Multhauf spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag. Er ist der Meinung, dass trotzdem eine Diskussion geführt werden kann.

Daraufhin beantragt Herr Prof. Hardtke den Schluss der Debatte und Abstimmung über den Verweis in den Sportausschuss.

Darüber lässt Herr Prof. Joecks abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Daraufhin beantragt Herr Dr. Fassbinder, die Abstimmung zu wiederholen und den Antrag getrennt abzustimmen.

Daraufhin lässt Herr Prof. Joecks über den Antrag auf Schluss der Debatte abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 12 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Danach lässt Herr Prof. Joecks über den Antrag von Herrn Pegel auf Verweis der Vorlage in den Sportausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme beschlossen

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister informiert über die im Hauptausschuss gefassten Beschlüsse und über Termine und wichtige Ereignisse. Die Listen werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bezug nehmend auf die Mitteilungen des Oberbürgermeisters bittet Herr Multhauf um zusätzliche Informationen zur Zielvereinbarung, die der Oberbürgermeister mit dem Theater verabschiedet hat. Das sei Sache der Bürgerschaft.

Daraufhin teilt Herr Dr. König mit, dass darüber im Hauptausschuss ausführlich durch Herrn Dembski berichtet worden ist. Er hält es auch für günstig, wenn man

mit anderen Kommunen in Theaterfragen im Gespräch ist.

Herr Dr. Bittner regt an die Vorstellung der Fortschreibung des Leitbildes vor dem Hauptausschuss, der sonst nichtöffentlich tagt, in öffentlicher Sitzung vorzunehmen.

Gegen diesen Vorschlag hat der Oberbürgermeister nichts einzuwenden. Nur ist es schwer, diese Vorstellung der Fortschreibung des Leitbildes in den Sitzungskalender der Bürgerschaft einzubauen.

Zu TOP: 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Dr. Bartels:

Herr Dr. Bartels bittet um eine schriftliche Antwort zum Bauvorhaben der KiTa und der Kaufhalle in der Loitzer Landstraße. Dort sollte anhand der Unterlagen eine Abbiegespur, nach Möglichkeit sogar ein Kreisverkehr, gebaut werden. Anhand des Baugeschehens ist weder das eine noch das andere festzustellen.

Herr Pegel:

Herr Pegel hinterfragt den Oberbürgermeister nach den Tourismuszahlen in Greifswald, die auch Anlage zum einem Fachausschussprotokoll ist. Er ist der Meinung, dass auch die Presse, aber ganz anders, darüber berichtet habe. Herr Pegel bittet um Antwort zu dieser unterschiedlichen Betrachtungsweise.

Herr Dr. König, Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister erklärt daraufhin, dass es eine positive Entwicklung der Tourismuszahlen gibt. Nur Schwerin wegen der BuGa und Stralsund wegen des Ozeaneums liegen besser. Den Zeitungsartikel kann er nicht verstehen.

Herr Multhauf:

Die Bürgerschaft hatte beschlossen, den Greifenbrunnen in dem Garten vor dem ehemaligen Kreiskulturhaus 2009 aufzustellen. Derzeit ist man dort dabei, den Garten fertig zu stellen. Am 18. Dezember soll das Ganze übergeben werden. Wer trägt die Verantwortung für die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses? Warum taucht dieses Vorhaben nicht im Haushalt 2010 auf?

Herr Dr. König, Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister erklärt, dass nach wie vor an diesem Bürgerschaftsbeschluss festgehalten wird. Die Stadt ist in einer schwierigen Haushaltssituation. Die Bürgerschaft hat aber die Möglichkeit, jetzt bei der Haushaltsdiskussion einen entsprechenden Antrag zu stellen, diese Maßnahme in den Haushalt 2010 und die Folgejahre aufzunehmen. Für die Umsetzung des Beschlusses ist die Verwaltung zuständig.

Herr Multhauf:

Herr Multhauf bemerkt, wenn die Verwaltung für die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zuständig ist, die Maßnahme auch hätte im Haushalt auftauchen müssen.

Herr Prof. Joecks übergibt um 21:10 Uhr die Leitung der Sitzung an den Präsidenten, Herrn Liskow.

Zu TOP: 9 Mitteilungen des Präsidenten

Am 11.11.2009 findet die Beratung der Fraktionsvorsitzenden zum Haushaltssicherungskonzept 2009 - 2013 statt. Sollte auf dieser Sitzung keine Einigung erzielt werden, wird es am 30.11.2009 nach der Hauptausschusssitzung eine Sondersitzung der Bürgerschaft zum Haushaltssicherungskonzept geben.

Das Präsidium hatte sich verständigt, mögliche Änderungen der Hauptsatzung zu beraten. Dazu fordert der Präsident alle Fraktionen auf, bis Mitte Dezember 2009 entsprechende Änderungswünsche mitzuteilen. Im Januar 2010 wird sich dazu das erweiterte Präsidium zusammensetzen, um zu beraten, wie die Hauptsatzung geändert werden soll.

Zu TOP: 10 Bestätigung der Niederschrift vom 28.09.2009

Herr Pegel bittet um die Korrektur eines Namens bei den Stellvertretern der SPD-Fraktion im Sportausschuss auf der Seite 9. Richtig ist Christa Landmesser.

Mit dieser Korrektur lässt der Präsident über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 35 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und
3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 11 Schluss der Sitzung

21:12 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen: - Antwort auf schriftliche Fragen der SPD-Fraktion
- Liste der Hauptausschussbeschlüsse
- Termine/wichtige Ereignisse